

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 Mk., monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 13,50 Mk. — Postbezugs außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abdruckpreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltigen Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Aufnahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postbezahlungs-Konto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 285

Montag, den 6. Dezember 1920

11. Jahrgang

Sozialdemokratie und Senatsbildung.

Die Veröffentlichung der bürgerlichen Vorschläge zur Behebung der Regierung hat eine öffentliche Diskussion über die Frage der Regierungsbildung eingeleitet, in der auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie mehrfach erörtert worden ist. Wenn es der Sozialdemokratie an sich herzlich gleichgültig ist, wie ihre Stellungnahme von der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien beurteilt wird, so müssen aber den Versuchen der bürgerlichen Presse, die Sachlage zu verschleiern, von vornherein die wahren Tatsachen gegenübergestellt werden. Man macht der Sozialdemokratie von bürgerlicher Seite ganz allgemein den Vorwurf, daß sie in die Opposition gegangen ist, weil sie sich angeblich wählerdortin fühlt, als bei der praktischen Arbeit. Man braucht nur den Verlauf der parlamentarischen Arbeit der letzten Monate genauer zu betrachten, um einwandfrei festzustellen, daß es die Sozialdemokratie an Versuchen, eine praktische Mitarbeit durchzuführen, nicht hat fehlen lassen. Die bürgerlichen Parteien des Volkstages haben durch ihr Verhalten bei den Verfassungsberatungen, indem sie durch ihre Blockbildung jede positive Mitarbeit der Sozialdemokratie ausschalteten, selbst die Opposition der Linken herbeigeführt, die sie jetzt mit einem heikleren und einem nasser Auge betrachten. Der Sozialdemokratie den billigen Vorwurf machen, daß sie die praktische Mitarbeit verweigere, nachdem man ihr die Möglichkeit dazu genommen hat, ist agitatorisch gewiß sehr naheliegend. Dieser Versuch einer Geschichtsklitterung wird aber ohne jede Beweisführung und ohne Wirkung bleiben.

So wenig nun die Sozialdemokratie eine verneinende Opposition um der Opposition willen treibt, so wenig kann ihre Entscheidung in der Frage der Regierungsbeteiligung von den mehr oder weniger schönen Augen der Bürgerlichen oder der Unabhängigen abhängig sein. Nachdem die bürgerlichen Parteien durch ihr ablehnendes Verhalten zur Aufstellungsfrage des Parlaments weiter den unbekanntesten Willen zur Fallstellung der Linken zum Ausdruck gebracht haben und der deutsch-nationale Bürgerblock in der jetzigen Regierungsbefugung seine höchsten Triumphe feiert, ist es für die Sozialdemokratie müßig, ernsthaft an die Frage der Regierungsbeteiligung heranzutreten. Dennoch halten wir es für notwendig, die grundlegende Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Frage der Regierungsbeteiligung im wesentlichen aufzurollen, ohne auf die Einzelheiten der Danziger Verhältnisse heute besonders einzugehen.

Für die Sozialdemokratie ist die teilweise Eroberung der politischen Staatsgewalt durch Teilnahme an einer Regierung der erste Schritt zur vollständigen Inbesitznahme der politischen Macht. Eine dauernde Abstinenz kann weder den von der Sozialdemokratie vertretenen Volksinteressen noch der erstrebten Verwirklichung des sozialistischen Gedankens förderlich sein. Wenn die heute bestehende Gesellschaftsordnung zur sozialistischen Gesellschaft umgebaut werden soll, so wird eine dauernde verneinende Opposition noch keinen Stein vom Weg bewegen. Die Sozialdemokratie hat daher schon seit Jahrzehnten den Weg der positiven Mitarbeit in den Parlamenten des Staates, der Kreise, der Gemeinden und in allen sonstigen öffentlichen Körperschaften beschritten. Ihre Vertreter haben in all diesen Körperschaften stets praktisch zum Wohle der Allgemeinheit und in der Richtung der sozialistischen Forderungen, was beides ja übereinstimmend zusammenfällt, gearbeitet und haben nur dann in Opposition gestanden, wenn man sie in eine solche gedrängt hat oder die oppositionelle Haltung für das Wohl des Volkes und für den Sozialismus größeren Erfolg versprach. Da aufbauender Erfolg aber durch die Opposition nur unter ganz bestimmten Ausnahmefällen zu erwarten steht und der sozialistische Gedanke praktisch nur durch die Mitarbeit und den Aufbau gefördert werden kann, so wird die Sozialdemokratie der Opposition einen besonderen Vorzug nicht abgewinnen können. Die Sozialdemokratische Partei hat seit ihrem Anbeginn das gleiche Wahlrecht zu allen Körperschaften nicht deswegen begehrt, um es nach der Einführung nicht auszunutzen, sondern um dadurch die Möglichkeit der besten Mitarbeit in allen Parlamenten zu haben. Nur die Schrittweise auf dem Wege der Demokratie eroberte politische Macht wird der Arbeiterklasse die Möglichkeit der Durchführung des Sozialismus verschaffen. Die Sozialdemokratie muß, wenn sie die politische Macht voll erobern will, daher auch jede Möglichkeit einer vorzeitigen und nur teilweise Inbesitznahme der politischen Macht ausnutzen.

Selbst die Unabhängigen treiben ihre „grundsätzliche“ Opposition nur scheinbar und haben der Frage einer Beteiligung an der Regierung für den Freistaat nie immer ablehnend gegenübergestanden. In einer auch als Broschüre herausgegebenen Rede hat der unabhängige Führer Nau auf einem Danziger Parteitag im Frühjahr dieses Jahres die Forderung aufgestellt, daß der Senat nicht nach dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Verhältnis-

Der Kindermord der Entente.

Keine Herabsetzung der Viehablieferung.

Paris, 4. Dez. Der ausführliche Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen über die Viehablieferung besagt u. a.: Während der Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß eine Verständigung über eine Herabsetzung der Gesamtforderungen nicht zu erreichen war. Die Vertreter der Reparationskommission hätten vorgeschlagen, zunächst eine Vereinbarung über eine einmalige auf sechs Monate berechnete Vieslieferung herbeizuführen. Um ein schweres für die deutsche Wirtschaft unerträgliches Diktat zu vermeiden, wurde der Vorschlag grundsätzlich angenommen. In den Schlussätzen des Abkommens behält die Reparationskommission sich das volle Recht vor, von Deutschland die Lieferung der gesamten Mengen von Vieh zu verlangen, welches von den Alliierten gefordert wird.

Genf, 4. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerversammlung teilte Präsident Hymans den Eingang eines Antrages der schweizerischen Delegation mit, der die Völkerverversammlung auffordert, den amerikanischen und europäischen Organisationen zum Zwecke der Linderung der Leiden und des Elends der Kinder in den vom Krieg beschädigten Ländern zu Hilfe zu kommen und einen Oberkommissar zu ernennen mit dem Auftrage, die Mittel hierzu zu präzisieren.

Deutsch-polnisches Rechtspflegeabkommen.

Berlin, 4. Dez. (W. L. B.) Infolge der Abtretung der preussischen Gebiete an Polen hatte die deutsche Gerichtsbarkeit in diesen Gebieten aufgehört. Damit waren die Angelegenheiten der Rechtspflege, wie z. B. Zivil- und Strafprozesse, Zwangsvollstreckungssachen, Kontursachen, Vormundschafts- und Nachlasssachen, Testaments-, Grundstücks- und Registerangelegenheiten zum Stillstand gekommen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, ist auf Grund der Ermächtigung durch die vorsehenden Körperschaften in dem Befehl über den vorläufigen deutsch-polnischen Beamtenvertrag vom 23. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 77 u. f. für 1920) von Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung am 20. September d. J. ein Abkommen betreffend Ueberleitung der Rechtspflege in den an Polen abgetretenen Gebieten abgeschlossen worden. Dieses Abkommen ist beiderseits inzwischen ratifiziert. Der Austausch der Urkunden hat am 30. November in Berlin stattgefunden. Das Abkommen wird am 1. Januar 1921 in Kraft treten. Hierdurch ist es ermöglicht, diese Angelegenheiten mit gewisser Wirkung für beide Staatsgebiete fortzuführen und unter diesen Umständen je nach der Staatsangehörigkeit oder dem jetzigen Wohnsitz der Beteiligten auf deutsche oder polnische Gerichte zur Beendigung überzuleiten. Mit der Ueberleitung ist auch der Austausch der zugehörigen Akten verbunden. Die Veröffentlichung des Abkommens wird demnächst im Reichsgesetzblatt erfolgen.

Die Frage der Wiedergutmachung.

London, 4. Dez. Der Oberste Rat wird heute vormittag eine Sitzung abhalten. Die Sachverständigenkommission, die in Brüssel zusammentreten soll, um die Verhandlungen über die Regelung der Reparationsfrage zu beginnen, wird zwischen dem 10. und 20. Dezember zusammentreten.

London, 4. Dez. Amtlich wird verlautbart, daß die Konferenz der alliierten Premierminister beendet ist. Die erörterten Fragen umfaßten die Handelsbeziehungen mit Rußland, die bevorstehende Reparationskonferenz in Brüssel und die finanziellen Maßnahmen, die im Falle einer Rückkehr Konstantins auf den Thron zu treffen sind. Begues und Sforza reisen morgen wieder ab.

Streikbewegung in Spanien und Norwegen.

Madrid, 4. Dez. Der Generalkongress nimmt allmählich schärfere Formen an. In Sevilla hat gestern ein Bombenattentat stattgefunden, bei dem drei Personen verarmdet wurden. In Madrid beschloß das sozialistische Komitee, den Generalkongress zu erklären. Ähnliche Ausschreitungen sollen ausgeführt werden an verschiedenen Orten. In Norwegen wird der allgemeine Generalkongress gleichzeitig zu erklären.

wahlstem geknüpft werden muß, damit alle Parteien in der Regierung vertreten seien. Auch die Mitarbeit der Unabhängigen in den Parlamenten des Staates und der Kommunen zeigt, daß die U. S. ebenfalls in dieser Reformarbeit einen Nutzen für die Bevölkerung erblickt.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie von der Abweisung an allen entscheidenden Stellen des Staates auf die Dauer nicht ferngehalten werden kann. Von der Bestimmung

Madrid, 4. Dez. Die in katalonischen Handelskreisen durch den Run auf die Barcelonischen Banken entstandene Beunruhigung ist infolge der Eingreifens der Bank von Spanien behoben, was sich in zahllosen telegraphischen Dankäußerungen an die Regierung ausdrückt.

Paris, 5. Dez. Nach Meldung der „Information“ aus Madrid haben die Gewerkschaften für den 6. Dezember wegen der Zwangsmaßnahmen gegen Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei den Allgemeinausstand in ganz Spanien angekündigt.

Christiania, 4. Dez. Der für heute mittag angekündigte Demonstrationzug zählte 5000 bis 6000 Teilnehmer. Er verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. Die Streiklage ist unverändert. Die Milchzufuhr war heute nahezu normal.

Von der Tagung des Völkerbundes.

Genf, 4. Dez. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der Völkerverversammlung erklärte Nansen-Norwegen, er glaube im Namen aller zu sprechen, wenn er Polen seine Sympathie ausspreche. Er betonte, daß im April die Möglichkeit zu einer Intervention im polnisch-russischen Konflikt gegeben gewesen sei, aber weder der Rat noch die Völkerverbundmitglieder hätten eine energische Intervention unternommen. Die Aussprache endete ohne eine Abstimmung, nachdem Präsident Hymans der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Barnes nicht eine Abstimmung über seine Entscheidung verlange, da sie keinen eigentlichen Antrag, sondern nur eine Anfrage darstelle. Nächste Sitzung Montag vormittag.

Genf, 4. Dez. Die fünfte Kommission beschloß die Aufnahme Finnlands in den Völkerbund. Eine Unterkommission wird die Aufnahmefrage betreffs Litauen, Georgien und Armenien prüfen. Die Aufnahme Albaniens soll verschoben werden. Eine weitere Unterkommission wird der ukrainischen Vertretung Antwort erteilen, in welcher dargelegt wird, daß die Nichtaufnahme dieses Landes die spätere Aufnahme nicht ausschließt.

Das bedrängte Armenien.

Paris, 5. Dez. Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel sollen die bolschewistischen Truppen die Nordostgrenze von Armenien überschritten, in Delijan die Sowjetrepublik ausgerufen, außerdem von den Kemalisten die Räumung von Armenien und der Stadt Sars gefordert haben.

Genf, 5. Dez. Die belgische Regierung erklärt in einem Telegramm an den Präsidenten der Völkerverversammlung ihre Bereitwilligkeit, jeden diplomatischen Akt zu unterstützen, der Armenien den Frieden sichern würde. Die belgische Regierung wird, um die vom Präsidenten Wilson übernommene Aufgabe zu erleichtern, ihren Vertreter in Konstantinopel beauftragen, sich zu erkundigen, auch welchem Wege das Vermittlungsangebot am sichersten zum Ziele gelangen könnte. Der Ausschuss englischer Vereinigungen zur Unterstützung Armeniens stellt in einer Denkschrift an die Mitglieder der Völkerverversammlung Richtlinien für die Wahl eines Mandatsrates für Armenien und Bedingungen für die Handhabung des Mandats auf. — Der Delegierte von Kanada beantragte bei der Völkerverversammlung, den Artikel 10, der die Völkerverbundmitglieder verpflichtet, gegenseitig ihre territoriale Unverletzlichkeit zu garantieren, aus dem Völkerverbundpakt zu streichen.

Der bolschewistische Militarismus.

London, 4. Dez. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, Genf habe auf Vorschlag der Regierung eingewilligt, Gen er Pasha zum obersten Befehlshaber der türkischen Armee zu ernennen.

Paris, 4. Dez. Wie der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ meldet, hat die polnische ständige Kommission, wobei bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 600 000 Mann sich zu einer neuen Offensive gegen Polen bereit machen. An der polnischen Front zwischen Wladimir-Podolsk und der rumänischen Grenze wurden 50 bolschewistische Divisionen konzentriert, während in dem Abschnitt gegenüber dem Volkswaldenbezirk von Wilna 150 000 bis 200 000 Mann standen.

des Volkes bei den Wahlen hängt es ab, wie stark jeweils der Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten und in der Regierung sein wird. Die ihr jetzt aufzunehmende Opposition wird die Sozialdemokratie zum Wohle des Volkes nützen und besteht darin, bei zukünftigen Entscheidungen ihr Gewicht geltend zu machen, bis sie in die Lage versetzt ist, an den Interessen des Volkes und dem Sozialismus in praktischer Mitarbeit zu nützen.

Stadttheater Danzig.

Direction: Rudolf Schaper.
 Sonnabend, den 4. Dezember 1920, abends 6 1/2 Uhr
 Dauerkarten B 1.
 Erhöhte Preise.
 Zweites Gastspiel des Herrn Robert Nihil.
 Ehrenmitglied des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg.

Nathan der Weise

Ein dramatisches Gedicht in fünf Aufzügen (11 Bilder) von G. E. Lessing.

In Szene geführt von Oberregisseur Hermann Werr.
 Inszenierung: Emil Werner.

Sonntag, den 5. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
 Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Vorstellung zum Besten der Danziger Kinder-Hilfskasse. Der Fremde. Phantastische Oper in vier Bildern von Franz Schalk. Musik von Hugo Riemann.

Montag, den 6. Dezember 1920, abends 7 Uhr.
 Dauerkarten C 1. Erhöhte Preise. Erstes Gastspiel Robert Nihil. Jaqueline Borkmann. Schauspiel in vier Aufzügen von Henrik Ibsen.

Montag, den 6. Dezember 1920, abends 7 1/2 Uhr.
 In der Sporthalle. 3. Bild: Symphonie-Konzert. Solist: Dr. Wollsthal (Violine).

Neues Operetten-Theater

(Altes Wilhelm-Theater.)
 Tel. 4092. Tel. 4092.
 Besitzer u. Direktor Paul Bannmann.
 Kunstl. Leitung: Dr. Sigmond Kunststl.
 Heute Sonnabend, 4. Dezember

Anfang 7 Uhr Anfang

„Die Faschingsfee“

Operette in 3 Akten.
 Musik von Emmerich Kalman.
 Morgen Sonntag, d. 5. Dezember, nachm. 2 1/2 Uhr. Zum 1. Male!
 Aus der goldenen Märchenwelt.
 Sonntag abend 7 Uhr:

Das Hollandweibchen.

Vorverkauf findet tagl. v. 10-4 Uhr nur im Donna-Haus Langgasse 69.70 statt.
 Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluss der Vorstellung:
 Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

In den Parkett-Räumen:
 Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Raucht

Fi-Fi

Zigaretten!

Zigarettenfabrik Saratti, Brandgasse 3
 Zentralvertreter: Fuhrmann & Meloch, Danzig, Rähm 16.



Echter Rähmscher geschl. geschützt
Schnupftabak (2752)
 Ueberall erhältlich
 Oeegründet 1899
Tabakfabrik B. Schmidt Nachfig., Danzig
 Telefon 2327 Rähm Nr. 16 Telefon 2327

Zoppoter Stadttheater.

Sonntag, den 5. Dezember, abends 7 Uhr:

„Die blonden Mädels vom Lindenhof“

Schwank in 3 Akten von Georg Okonkowski.
 Abonnement A. (2895)

Dienstag, den 7. Dezember: „Der ersten Liebe goldene Zeit.“ Kl. Preise. Abonnement B.

befriedigen in Qualität und Preis.
 Bezug querüber durch:
Klein's Tabakfabriken
 o. H.-G.
 Walldorf i. B. 229.

Volkspflege.

Besonderheitlich-Bevorzugte
 schützliche Versicherungs-
 Aktiengesellschaft
Aein Pollicenverfall.
 - Sterbekasse. -
 Günstige Tarife für
 Erwachsene und Kinder
 Auskunft in den Büreau:
 der Arbeiterorganisation.
 und von der

Verwaltungsjahre 16 Danzig
 Bruno Schmidt,
 Wattenbörse 35

Weihnachts-Spezial-Verkauf

Aus unserm

Ein großer Posten

unerreicht preiswerter

Gardinen

Künstler-Gardinen

engl. Tüll, solide, breite Qualität.
 Garnitur: 2 Flügel u. 1 Behang
 Sorte 1 Sorte 2 Sorte 3
 125.- 160.- 195.-

Madras-Gardinen

buntfarbig, in schönen Mustern
 Garnitur: 2 Flügel u. 1 Behang
 Sorte 1 Sorte 2 Sorte 3
 195.- 225.- 250.-

Gardinen-Stoffe

mit 2 Bord., breite Tüllqualität.
 Meter
 Sorte 1 Sorte 2 Sorte 3
 16.- 19.- 23.-

Tüll-Spannstoffe

breit, zu Anfertigungen geeignet
 Meter
 Sorte 1 Sorte 2 Sorte 3
 22.- 25.- 29.-

BETTDECKEN 1bettig 100.- 125.- 160.-
 Solide Tüll-Qualitäten 2bettig 185.- 250.-

Um von diesen außergewöhnlich vorteilhaften Waren allen unseren Kunden etwas zukommen zu lassen, können wir von jeder Preislage nur je 2 Fenster abgeben.

August Mombert

G. m. b. H. Dominikswall 9-10. (2893)

Preiswert!

Ein Waggon Emaille!

Farben: Innen und außen grauwohlig — innen und außen weiß —
 innen weiß, außen graugranit — innen hellgrau, außen neublau

- Schmortöpfe o. Ring, bauchig 23.75, 18.75, 15.75 bis 11.50
- Kochtöpfe ohne Ring, gerade 19.75, 15.75, 13.50 10.50
- Schmortöpfe m. Ring 36.50, 31.50, 26.50, 22.50, 17.25
- Kasserollen mit Stiel 14.75, 11.75, 9.75, 8.25, 6.75
- Pfannen mit Stiel 14.75, 13.75, 11.50, 9.50, 8.25, 6.75
- Deckel 7.50, 6.50, 5.50, 4.75, 3.75
- Küchenschüsseln 11.75, 9.75, 8.50, 7.50, 6.75, 5.85
- Wannen oval 68.50, 58.00, 49.50, 42.50
- Eimer 33.50, 29.75, 26.75, 22.50
- Milchkannen 21.75, 16.75, 13.75, 11.25

- Kaffeeflaschen 11.75, 9.75, 8.75
- Kaffeekannen 28.75, 24.50, 19.75, 16.75
- Wasserkessel flach 44.75, 42.75, 39.75, 36.50
- Wasserkessel mit Sack 58.00, 52.00, 46.50, 42.50
- Seifenhalter weiß 7.50, 6.75
- Salzmesten weiß 22.75
- Durchschläge weiß 18.50, 16.25, 14.75
- Suppensiebe mit Stiel, weiß 18.50, 16.25, 14.75
- Universalsiebe mit 3 Einlagen, weiß 24.75, 22.50
- Becher weiß 6.75, 5.75, 4.75

Blech- und Eisenwaren

- Kuchenbleche 15.75
- Kuchenformen 6.50, 5.50
- Sandkuchenformen, Weißblech 12.75, 9.75, 8.75
- Kaffeeseife, Weißblech 1.90, 1.75
- Kohlenschaufeln 2.65
- Schneeschläger, verzinkt 3.90, 1.10, 0.90, 0.85
- Christbaumständer, lackiert 11.75, 5.75
- Wirtschaftswagen 68.50, 63.50, 59.00, 52.50, 46.50
- Sandkaffeemühlen 79.50, 76.50, 69.50
- Mandelreibeismaschinen, groß 28.75, 16.75

- Brotkasten, ff. lackiert 73.50, 69.50, 58.50
- Gebäckkasten, ff. lackiert 39.50, 36.50, 32.50
- Sand-, Seife-, Soda-Garnituren ff. lackiert 19.75
- Topflappenbehälter, ff. lackiert 11.25, 9.75
- Petroleumkannen, ff. lackiert 18.75, 14.75
- Tischmesser u. Gabeln Paar 18.50, 16.50, 13.75, 12.00
- Epfel, verzinkt 2.90, 1.25, 1.10
- Teelöffel, verzinkt 2.25, 0.48, 0.38

Rein Aluminium-Kochgeschirre

Besonders preiswert:

Lampen für Gas und Elektrisch
 Seidenschirme große Auswahl.

Nathan Sternfeld

Haushalt-Abteilung
 Langgasse 75 Filiale Langfuhr

2890

Sporthalle.

Montag, d. 6. Dezember 1920, abends 7 1/2 Uhr

2. Städtisches Symphonie-Konzert

im vollständigen Preise.
 Stadttheaterorchester unter Leitung von Kapellmeister Otto Selburg.

Solist: Elak Wollsthal (Violine)

Programm: Ouvertüre zu „Der Hof von Bagdad“ Peter Cornelius. Violinkonzert von Johannes Brahms (Violine: Max Wollsthal, Symphonie Nr. 5 Ernst Peter Lachner).

Karten zu Recht am 4. und 5. d. M. 2.50 und 2.-
 Abends 7 1/2 Uhr in der Tageskasse i. d. Stadttheater. täglich von 10-3 Uhr. (2890)

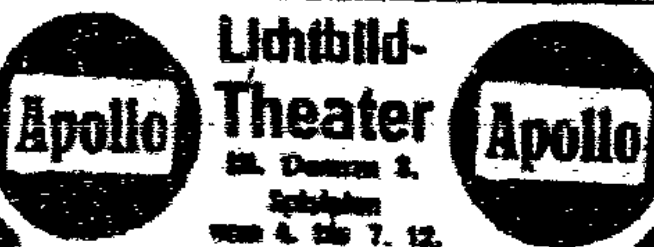
Künstler-Spiele

Danziger Hof

Direction: Alex Braune.

Sissel Beck 3 Saiten
 Altwal Prinz und Prinz
 Sedth Lette Kaiser
 Peter Pfaffler Ende de Rosam
 Douglas-Doo Hans Wiley u. Partner
Pirnikoff und Pirnikoffka
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags zwei Vorstellungen.

Künstler-Diele
 Original Wasser Schrammeln und Natursänger.
 Täglich 4-Uhr-Tea.



Lichtbild-Theater Apollo
 St. Danz 2.
 Schiplan
 von 4. bis 7. 12.

Der Göttergötter-Spielplan!
Dämon der Welt u. Teil
Das goldene Gift!
 Sensations-Deklarativ-Drama in 6 Akten

Die Tochter der Straße
 Großsch-Sittendrama in 5 Akten.
 Marie Weber als Hauptdarstellerin.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus wöchentlich 1,10 M., monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. — Postbezug außerdem monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Abbestellungspreis: Die 8-spaltige Zeile 120 Pfg., von auswärts 160 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bef. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 400 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 25 Pfg. — Postfachkonto Danzig 2946. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Nr. 285

Montag, den 6. Dezember 1920

11. Jahrgang

Sozialdemokratie und Senatsbildung.

Die Veröffentlichung der bürgerlichen Vorschläge zur Regierung der Regierung hat eine öffentliche Diskussion über die Frage der Regierungsbildung eingeleitet, in der auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie mehrfach erörtert worden ist. Wenn es der Sozialdemokratie an sich herzlich gleichgültig ist, wie ihre Stellungnahme von der bürgerlichen Presse und den bürgerlichen Parteien beurteilt wird, so müssen aber den Versuchen der bürgerlichen Presse, die Sachlage zu verwechseln, von vornherein die wahren Tatsachen gegenübergestellt werden. Man macht der Sozialdemokratie von bürgerlicher Seite ganz allgemein den Vorwurf, daß sie in die Opposition gegangen ist, weil sie sich angeblich wohlgerade darin fühlt, als bei der praktischen Arbeit. Man braucht nur den Verlauf der parlamentarischen Arbeit der letzten Monate genauer zu betrachten, um einwandfrei festzustellen, daß es die Sozialdemokratie an Versuchen, eine praktische Mitarbeit durchzuführen, nicht hat fehlen lassen. Die bürgerlichen Parteien des Volkstages haben durch ihr Verhalten bei den Verfassungsberatungen, indem sie durch ihre Blockbildung jede positive Mitarbeit der Sozialdemokratie ausschalteten, selbst die Opposition der Linken herbeigeführt, die sie jetzt mit einem heiteren und einem nassen Auge betrachten. Der Sozialdemokratie den billigen Vorwurf machen, daß sie die praktische Mitarbeit verweigere, nachdem man ihr die Möglichkeit dazu genommen hat, ist agitatorisch gewiß sehr nahelegend. Dieser Versuch einer Geschichtsklitterung wird aber ohne jede Beweisführung und ohne Wirkung bleiben.

So wenig man die Sozialdemokratie eine verneinende Opposition um der Opposition willen treibt, so wenig kann ihre Entscheidung in der Frage der Regierungsbeteiligung von den mehr oder weniger schönen Augen der bürgerlichen oder der Unabhängigen abhängig sein. Nachdem die bürgerlichen Parteien durch ihr ablehnendes Verhalten zur Aufhebung des Parlamentes weiter den unbelohnten Willen zur Kalkulation der Linken zum Ausdruck gebracht haben und der deutschnationalen Bürgerblock in der jetzigen Regierungsbefugung seine höchsten Triumphe feiert, ist es für die Sozialdemokratie müßig, ernsthaft an die Frage der Regierungsbeteiligung heranzutreten. Dennoch halten wir es für notwendig, die grundlegende Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Frage der Regierungsbeteiligung im wesentlichen aufzuzählen, ohne auf die Einzelheiten der Danziger Verhältnisse heute besonders einzugehen.

Für die Sozialdemokratie ist die teilweise Eroberung der politischen Staatsgewalt durch Teilnahme an einer Regierung der erste Schritt zur vollständigen Inbesitznahme der politischen Macht. Eine dauernde Abstimmung kann weder den von der Sozialdemokratie vertretenen Volksinteressen noch der erstrebten Verwirklichung des sozialistischen Gedankens förderlich sein. Wenn die heute bestehende Gesellschaftsordnung zur sozialistischen Gesellschaft umgebaut werden soll, so wird eine dauernde verneinende Opposition noch keinen Stein von dem Platz bewegen. Die Sozialdemokratie hat daher schon seit Jahrzehnten den Weg der positiven Mitarbeit in den Parlamenten des Staates, der Kreise, der Gemeinden und in allen sonstigen öffentlichen Körperschaften beschritten. Ihre Vertreter haben in all diesen Körperschaften stets praktisch zum Wohle der Allgemeinheit und in der Richtung der sozialistischen Forderungen, was beides ja übereinstimmend zusammenfällt, gearbeitet und haben nur dann in Opposition gestanden, wenn man sie in eine solche gedrängt hat oder die oppositionelle Haltung für das Wohl des Volkes und für den Sozialismus größeren Erfolg versprach. Da aufbauender Erfolg aber durch die Opposition nur unter ganz bestimmten Ausnahmefällen zu erwarten steht und der sozialistische Gedanke praktisch nur durch die Mitarbeit und den Aufbau gefördert werden kann, so wird die Sozialdemokratie der Opposition einen besonderen Vorzug nicht abgewinnen können. Die Sozialdemokratische Partei hat seit ihrem Anbeginn das gleiche Wahlrecht zu allen Körperschaften nicht bewegen heißt erkläre, um es nach der Einführung nicht auszunutzen, sondern um dadurch die Möglichkeit der besten Mitarbeit in allen Parlamenten zu haben. Nur die schrittweise auf dem Wege der Demokratie eroberte politische Macht wird der Arbeiterschaft die Möglichkeit der Durchführung des Sozialismus verschaffen. Die Sozialdemokratie muß, wenn sie die politische Macht voll erobern will, daher auch jede Möglichkeit einer vorerst auch nur teilweisen Inbesitznahme der politischen Macht ausnutzen.

Selbst die Unabhängigen trafen über „größtenteils“ Opposition nur scheinbar und haben die Frage einer Beteiligung an der Regierung für den Freistaat nicht immer ablehnend gegenübergestellt. In einer auch als „Schärfere“ bezeichneten Rede hat der unabhängige Führer Mau auf einem Danziger Parteitag im Frühjahr dieses Jahres die Forderung aufgestellt, daß der Senat nicht nach dem parlamentarischen Mehrheitsprinzip, sondern nach dem Verhältnis-

Der Kindermord der Entente.

Keine Herabsetzung der Viehablieferung.

Paris, 4. Dez. Der ausführliche Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen über die Viehablieferung besagt u. a.: Während der Verhandlungen habe sich herausgestellt, daß eine Verständigung über eine Herabsetzung der Gesamtforderungen nicht zu erreichen war. Die Vertreter der Reparationskommission hätten vorgeschlagen, zunächst eine Vereinbarung über eine einmalige auf sechs Monate berechnete Lieferung herbeizuführen. Um ein schweres für die deutsche Wirtschaft unerträgliches Diktat zu vermeiden, wurde der Vorschlag grundsätzlich angenommen. In den Schlussätzen des Abkommens behält die Reparationskommission sich das volle Recht vor, von Deutschland die Lieferung der gesamten Mengen von Vieh zu verlangen, welches von den Alliierten gefordert wird.

Genf, 4. Dez. Zu Beginn der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung teilte Präsident Hymans den Eingang eines Antrages der schweizerischen Delegation mit, der die Völkerbundversammlung auffordert, den amerikanischen und europäischen Organisationen zum Zwecke der Linderung der Leiden und des Glucks der Kinder in den vom Krieg beschädigten Ländern zu Hilfe zu kommen und einen Oberkommissar zu ernennen mit dem Auftrage, die Mittel hierzu zu prüfen.

Deutsch-polnisches Rechtspflegeabkommen.

Berlin, 4. Dez. (W. T. B.) Infolge der Abtretung der preussischen Gebiete an Polen hatte die deutsche Gerichtsbarkeit in diesen Gebieten aufgehört. Damit waren die Angelegenheiten der Rechtspflege, wie z. B. Zivil- und Strafprozesse, Zwangsvollstreckungssachen, Konkursachen, Vormundschafts- und Nachlasssachen, Testaments-, Grundstücks- und Registerangelegenheiten zum Stillstand gekommen. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, ist auf Grund der Ermächtigung durch die vorsehenden Körperschaften in dem Befehl über den vorläufigen deutsch-polnischen Beamtenvertrag vom 23. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 77 u. f. für 1920) von Vertretern der deutschen und der polnischen Regierung am 20. September d. J. ein Abkommen betreffend Ueberleitung der Rechtspflege in den an Polen abgetretenen Gebieten abgeschlossen worden. Dieses Abkommen ist beiderseits inzwischen ratifiziert. Der Austausch der Urkunden hat am 30. November in Berlin stattgefunden. Das Abkommen wird am 1. Januar 1921 in Kraft treten. Hierdurch ist es ermöglicht, diese Angelegenheiten mit gewisser Wirkung für beide Staatsgebiete fortzuführen und unter diesen Umständen je nach der Staatsangehörigkeit oder dem jetzigen Wohnsitz der Beteiligten auf deutsche oder polnische Gerichte zur Beendigung überzuleiten. Mit der Ueberleitung ist auch der Austausch der zugehörigen Akten verbunden. Die Veröffentlichung des Abkommens wird demnächst im Reichsgesetzblatt erfolgen.

Die Frage der Wiedergutmachung.

London, 4. Dez. Der Oberste Rat wird heute vormittag eine Sitzung abhalten. Die Sachverständigenkommission, die in Brüssel zusammentreten soll, um die Verhandlungen über die Regelung der Reparationsfrage zu beginnen, wird zwischen dem 10. und 20. Dezember zusammentreten.

London, 4. Dez. Amtlich wird verlautbart, daß die Konferenz der alliierten Premierminister beendet ist. Die erörterten Fragen umfassen die Handelsbeziehungen mit Rußland, die bevorstehende Reparationskonferenz in Brüssel und die finanziellen Maßnahmen, die im Falle einer Rückkehr Konstantins auf den Thron zu treffen sind. Leagues und Sforza reisen morgen wieder ab.

Streikbewegung in Spanien und Norwegen.

Madrid, 4. Dez. Der Generalstreik nimmt allmählich schärfere Formen an. In Saragossa hat gestern ein Bombenattentat stattgefunden, bei dem drei Personen verwundet wurden. In Madrid beschloß das sozialistische Komitee, den Generalstreik zu erklären. Sämtliche Arbeiterorganisationen sollen aufgerufen werden, an dem festgesetzten Tage den allgemeinen Generalstreik gleichfalls zu erklären.

wahlssystem gebildet werden müsse, damit alle Parteien in der Regierung vertreten seien. Auch die Mitarbeit der Unabhängigen in den Parlamenten des Staates und der Kommunen zeigt, daß die U. S. P. ebenfalls in dieser Reformarbeit einen Nutzen für die Bevölkerung erblickt.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie von der Mitbestimmung an allen entscheidenden Stellen des Staates auf die Dauer nicht ferngehalten werden kann. Von der Bestimmung

Madrid, 4. Dez. Die in katalonischen Handelsstreifen durch den Run auf die Barcelonischen Banken entstandene Beunruhigung ist infolge der Eingreifens der Bank von Spanien behoben, was sich in zahllosen telegraphischen Dankagungen an die Regierung ausdrückt.

Paris, 5. Dez. Nach Meldung der „Information“ aus Madrid haben die Gewerkschaften für den 6. Dezember wegen der Zwangsmassnahmen gegen Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei den Allgemeinausstand in ganz Spanien angekündigt.

Christiana, 4. Dez. Der für heute mittag angekündigte Demonstrationzug zählte 5000 bis 6000 Teilnehmer. Er verlief in vollkommener Ruhe und Ordnung. Die Streiklage ist unverändert. Die Milchzufuhr war heute nahezu normal.

Von der Tagung des Völkerbundes.

Genf, 4. Dez. Im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung der Völkerbundversammlung erklärte Nansen-Norwegen, er glaube im Namen aller zu sprechen, wenn er Polen seine Sympathie ausdrücke. Er betonte, daß im April die Möglichkeit zu einer Intervention im polnisch-russischen Konflikt gegeben gewesen sei, aber weder der Rat noch die Völkerbundmitglieder hätten eine energische Intervention unternommen. Die Aussprache endete ohne eine Abstimmung, nachdem Präsident Hymans der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß Barres nicht eine Abstimmung über seine Entschließung verlange, da sie keinen eigentlichen Antrag, sondern nur eine Anfrage darstelle. Nächste Sitzung Montag vormittag.

Genf, 4. Dez. Die fünfte Kommission beschloß die Aufnahme Finnlands in den Völkerbund. Eine Unterkommission wird die Aufnahmefrage betreffs Estland, Georgien und Armenien prüfen. Die Aufnahme Albaniens soll verschoben werden. Eine weitere Unterkommission wird der ukrainischen Vertretung Antwort erteilen, in welcher dargestellt wird, daß die Nichtaufnahme dieses Landes die spätere Aufnahme nicht ausschließt.

Das bedrängte Armenien.

Paris, 5. Dez. Nach einer Havosmeldung aus Konstantinopel sollen die bolschewistischen Truppen die Nordostgrenze von Armenien überschritten, in Kelisan die Sowjetrepublik ausgerufen, außerdem von den Kemalisten die Räumung von Armenien und der Stadt Kars gefordert haben.

Genf, 5. Dez. Die belgische Regierung erklärt in einem Telegramm an den Präsidenten der Völkerbundversammlung ihre Bereitwilligkeit, jeden diplomatischen Akt zu unterstützen, der Armenien den Frieden sichern würde. Die belgische Regierung wird, um die vom Präsidenten Wilson übernommene Aufgabe zu erleichtern, ihren Vertreter in Konstantinopel beauftragen, sich zu erkundigen, auch welchem Wege das Vermittlungsangebot am sichersten zum Ziele gelangen könnte. Der Ausschuss englischer Vereinigungen zur Unterstützung Armeniens stellt in einer Denkschrift an die Mitglieder der Völkerbundversammlung Richtlinien für die Wahl eines Mandatsstiftes für Armenien und Bedingungen für die Handhabung des Mandats auf. — Der Delegierte von Kanada beantragte bei der Völkerbundversammlung, den Artikel 10, der die Völkerbundmitglieder verpflichtet, gegenseitig ihre territoriale Unversehrtheit zu garantieren, aus dem Völkerbundpakt zu streichen.

Der bolschewistische Militarismus.

London, 4. Dez. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel, Lenin habe auf Vorschlag der Regierung eingewilligt, General Pachka zum obersten Befehlshaber der Osmannischen Armee zu ernennen.

Paris, 4. Dez. Die Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ melden, daß die polnische Regierung ständige Nachrichten, wonach bolschewistische Streitkräfte in Stärke von 600 000 Mann sich zu einer neuen Offensive gegen Polen bereit machen. In der galizischen Front zwischen Wladimir-Robolst und der rumänischen Grenze würden 50 bolschewistische Divisionen konzentriert, während in dem Abschnitt gegenüber dem Völkerbundbesitzgebiet von Wladimir 150 000 bis 200 000 Mann ständen.

des Volkes bei den Wahlen hängt es ab, wie stark jeweils der Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten und in der Regierung sein wird. Die ihr jetzt entgegenstehende Opposition wird die Sozialdemokratie zum Wohle des Volkes nützen und besteht sein, bei zukünftigen Entscheidungen im Gemisch stärker als jetzt in die Waagschale zu wirken, um den Interessen des Volkes und dem Sozialismus in praktischer Mitarbeit zu nützen.

Der Bankrott der freien Wirtschaft.

Ein von den Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Deutschhammonischen Partei, der Demokratischen Partei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bauernbundes unterzeichneter Antrag fordert die Landwirte auf, sich dafür einzusetzen, daß der Rest der Zwangswirtschaft ordnungsgemäß durchgeführt wird, um so die Möglichkeit einer völligen Aufhebung in absehbarer Zeit zu sichern. Entsprechend wurden die Landwirte durch die gesetzlichen Vorkaufsrechte zu genügen, andererseits wird aber die Reichsregierung aufgefordert, die Landwirte gegen diejenigen zu schützen, die sie verführen oder durch Drohungen zu nötigen suchen, die noch bestehenden Verbote zu umgehen. Außerdem haben die im Reichstag tagenden landwirtschaftlichen Organisationen den Verbleib gefordert, den landwirtschaftlichen Erzeugnissen durch eine Aufklärung die schweren Gefahren vor Augen zu führen, die durch die mangelhafte Weltverteilung das gesamte Wirtschaftsleben bedrohen. In dieser Aufklärungsarbeit, die in Veranlassungen unter Heranziehung der Lehrerschaft und Gelehrten erfolgen soll, erklärten sich die Versammelten im Namen der von ihnen vertretenen Körperschaften und Verbände bereit.

Es sind also dieselben Parteien und Kreise, die mit dem Heißtun um der Verteilung der Zwangswirtschaft für das Volk bessere Ernährungsverhältnisse schaffen wollten. Große Teile der werktätigen Bevölkerung sind auf diesen Schwindel der Volksparteien herangefallen. Sie haben die Warnungen der Sozialdemokratischen Partei gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft in den Wind geschlagen und sind bei den Wahlen den „Volks“parteiern gefolgt, werden aber wohl jetzt bei den unbemerkten Preissteigerungen für Lebensmittel einsehen haben, daß die Wahlversprechungen aller bürgerlichen Parteien, durch Aufhebung der Zwangswirtschaft eine Verteilung der Preise und eine Verbesserung der Ernährungsverhältnisse zu erzielen, sich als falsch erwiesen haben. Der Bankrott der bürgerlichen Parteien in der Ernährungsfrage ist so vollständig, daß diese Parteien, die gewiß genug auf die Zwangswirtschaft schimpfen konnten, jetzt den Rest der Zwangswirtschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten wollen. Sollte es selbst in diesen kapitalistischen Kreisen dämmern, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihrem Kampfe gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft im Volksinteresse gehandelt hat?

Hoffen wird der Aufruf des bürgerlichen kapitalistischen Parteien nichts. Ihre Freunde, die Agrarier, lehnen sich nicht an solche Mahnrufe, sie sind nur auf ihren Profit bedacht, ob das Volk hungert, kümmert sie wenig, sie leiden ja keine Not. Bei den kommenden Preissteigerungen hat das werktätige Volk in Stadt und Land jedoch Gelegenheit, den Bürgerlichen die Quittung für ihre Sabotierung der Ernährung durch Aufhebung der Zwangswirtschaft zu geben.

Erst den Preisabbau.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft für das deutsche Transport- und Verkehrsgerwerbe beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung unter anderem mit der Frage des Preisabbaues des für das Bergwerksgerwerbe benötigten Betriebsmaterials. Der Referent Dr. Bussow wies zunächst darauf hin, daß die Preise für Holz, Kupfer, Schienen usw. gegenüber dem Friedenspreis im Durchschnitt um das Fünffach bis Sechsfache gestiegen sind. Die Betriebskosten der Straßenbahnbetriebe steigen sich dadurch so gewaltig, daß diese durchweg mit hohen Verlusten arbeiten und deshalb die Weiterführung einer Anzahl Klein- und Mittelbetriebe in Frage gestellt wird. Es sei unmöglich, die Fahrpreise dementsprechend zu erhöhen, daß dadurch die Betriebskosten infolgedessen gedeckt werden können. Bei einer entsprechenden Erhöhung würde ein großer Teil des die Straßenbahnen benutzenden Publikums von der Benutzung Abstand nehmen und kurze Strecken, die sonst gefahren wurden, zu

fuß zurücklegen. Nur bei besonders weiten Strecken und in besonders eiligen Fällen wäre mit der Benutzung der Bahnen zu rechnen; ein Umstand, der wieder sicher zu einer noch größeren Katastrophe führen müßte. Zur Verhütung dieser Katastrophe gebe es nur ein Mittel, und dieses sei der unversäglich Preisabbau. Die Gewinne der hier in Frage kommenden Industrien seien viel zu hoch und als nicht angemessen zu betrachten. Der Preiswucher müsse endlich aufhören.

In Bezug auf den Preisabbau — ein Bestreben, das in verschiedenen Richtungen zum Ausdruck gekommen ist — vertrat der Referent den Standpunkt, daß ein solcher nicht vorgenommen werden kann, bevor nicht ein Abbau der Preise für alle zum Lebensunterhalt erforderlichen Gegenstände stattgefunden habe. Erst dann könne nach und nach an einen Abbau der Preise herangegangen werden.

Der Vorstand erklärte sich damit einverstanden, daß die Angelegenheit im Sinne des Referenten vor dem Reichsamtsrat gebracht und versucht wird, den Preisabbau auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen. Im anderen Falle muß der Preisabbau durch Einwirkung der Reichsregierung mittels Verordnungen herbeigeführt werden.

Die Städte vor dem Bankrott.

In Köln tagte Ende voriger Woche der Deutsche Städte- tag, der sich in der Hauptsache mit der schrecklichen Finanznot der deutschen Städte beschäftigte. In etwa 150 deutschen Städten sind von 1911—1919 die Schulden um mehr als 100 Prozent und von da noch einmal um weitere 50 Prozent gestiegen. Die Gesamtausgaben von etwa 70 preussischen Städten vermehrten sich von 1,5 Milliarden in 1914 auf rund 3 Milliarden in 1919 und auf rund 5 Milliarden in 1920. Besonders die Finanzverhältnisse der Stadt Berlin sind geradezu katastrophal, aber den meisten anderen Städten geht es nicht viel besser. Fast alle befinden sie sich in einer derartig trostlosen Finanzlage, daß sie der Hilfe des Reiches dringend bedürfen. Die Lage dürfte sich noch verschärfen, wenn durch die enorm steigende Teuerung die Arbeiter und Angestellten in neuen Lohnforderungen gezwungen werden.

Hier zeigt sich mit erschreckender Deutlichkeit, daß gerade die Städte es sind, die am meisten unter den Schäden unserer zusammengebrochenen Wirtschaft zu leiden haben. Die Kommunen müssen in allererster Linie praktische Arbeit leisten, und wenn ihnen auch dazu die notwendigsten Mittel fehlen, dann schmilzt die Geldswelle von Tag zu Tag stärker an. Es muß nach Mitteln gesucht werden, die den Städten wenigstens die unbedingt notwendigen Mittel sichern.

Wer hungert das Volk aus?

Auf der in Berlin abgehaltenen Konferenz zwischen Reichs- und Landesnahrungsmitteln, politischen Parteien und den Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen wird in der bürgerlichen Presse ein Bericht wiedergegeben, der in Kürze, ohne Würde den Verhandlungsverlauf schildert. Während so aus dem scheinbar amtlichen Bericht nichts Sonderliches hervorgeht, gibt die „Vossische Zeitung“ als einziges Blatt eine eingehendere Mitteilung und schreibt unter anderem:

„Die schlechte Belieferung mit Brotgetreide, so erklärte der Minister, lasse sich nicht nur aus dem schlechten (?) Ausfälle der Ernte erklären, vielmehr falle ein Teil der Schuld auf die landwirtschaftlichen Betriebe selbst, die sich von der Krankheit, dem krankhaften Streben nach Gewinn, haben ereignen lassen, und sich ihrer Verpflichtung zur vollständigen Getreidebelieferung zu entziehen begannen.“

Diese Ministererklärung verdient umso mehr der besonderen Hervorhebung, als die bürgerliche Presse es nicht für notwendig hält, diese Wahrheit wiederzugeben und als auch die Herren Landwirte und deren Verteidiger, die Deutschnationalen, endlich eine amtliche Bestätigung ihres Wuchers erhalten.

Der Lehrer legte den größten Wert darauf, daß die Kinder möglichst viel Gebirgslieder, Hymnen und Korset aus der Bibel lernten. Wenn ein Kind recht viel Gedet herplappern konnte, war es in seinen Augen ein begabter Schüler. Bertel hatte dieses geistliche, verbummende Auswendiglernen, als den Kindern aufgegeben wurde, das Gebirgslied zu lernen:

„Ich bin ein wahres Nabernas usw.“ erkoch Bertel den Finger in die Höhe und legte sehr feierlich: „Das Bied kein ich nicht, Herr Lehrer!“

„Nabernas nicht, Birkner Bertel!“ fragte der Lehrer, der keinen Chren nicht trauen zu dürfen glaubte.

„Das poht gar nicht für uns Kinder“, erklärte die Kleine. „Wie der Nabernas Hans die Meier Alwine ein Las gegeben hat, da haben Sie ihn verbannt und Sie haben gesagt, hier sind keine Meier, hier sind lauter brave Kinder, und nu sollten wir mit einem Worte gar Nabernas und Sündenlammel sein.“

„Gut Gut!“ rief der Lehrer, dann nahm er eine Priese, um seinen Perband zu frägen, darauf sagte er behäuflich: „Das ist nur ein Gedicht, womit der Meister die Sündhaftigkeit der Menschheit andeutet. Als es nicht erhebt, wenn er zum Schluß fromm bittet.“

„Und nimz mich Sündenlammel in deinen Gnadenlammel.“

„Nun, was sagst du dazu, Berta? Zählst du dich nicht dankbar und erhaben?“

„Ne“, versicherte Berta kurz und bündig.

„Der will alle nicht in den Himmel kommen“, fragte der Lehrer fröhlich ernstlich.

„Das will ich schon, denn da ist ja mein Vater“, versicherte die Kleine, „aber ein Sündenlammel bin ich nicht, und keines von den Kindern hier ist einer.“

Alle Kinder, selbst die Kleinsten, lachten, die Müller Grete bog sich sogar vor Lachen. Sie sagte ziemlich laut:

„Das haste aber gut gemacht, Bertel. Wort od, nachher kriegste ein großes Stück Kuchen von mir.“

Der Lehrer runzelte die Stirn, aber er schweig. Die reiche Müllerin lachte darth sich allernachst Ungehörigkeiten erlauben, denn der Müller schickte der Lehrerin zu jedem Fest bereisig Hund seines Besamtsch.

Er schickte. Die Kinder mußten das Gedicht auswendiglernen, kraft war seine Kr... Er trauet unzugewand. Er brücht also:

Sozialismus und Christentum.

In einer Chemnitzer Versammlung führte jüngst der sozialdemokratische Pastor Schloffer aus, er sei glühender Christ und gleichzeitig überzeugter Sozialdemokrat. Hieraus entgegnete der Neukommunist Wente in seinem Schlusswort: „Herr Pastor, das geht nicht. Entweder sind Sie ein glühender Christ, dann können Sie kein überzeugter Sozialdemokrat sein. Oder aber Sie sind ein überzeugter Sozialdemokrat, dann (mit erhobener Stimme) können Sie kein Christ sein.“

Für die reaktionäre Presse sind Menkes Worte ein gelundenes Fressen. Wir müssen aber den frommen Mäthern ihre Schade Freude durch die Mitteilung stören, daß Menkes enghirnige Ansicht von der Sozialdemokratie durchaus nicht geteilt wird. Unvereinbar ist sozialdemokratische Bestimmung mit dem Zerfall des Staatschristentums. Das sich bemüht oder imbrückt zum Mittel reaktionärer Gewalten, zum Instrument der Masssenverdummung und Massenunterdrückung erniedrigt. Wer aber behauptet, das Christentum der Arbeiter, Angelerdredher, Kapitals- und Kriegspaffen sei die einzig mögliche oder denkbare Form des Christentums, der tut zum mindesten dem Stifter dieser großen Religionsbewegung bitter unrecht. Gerade Karl Kautsky, der theoretische Lehrmeister der jüngeren Generation, hat in seinem bekanntem Werke über die „Entstehung des Christentums“ auf die starke innere geistige Verwandtschaft zwischen dem Urchristentum und der sozialistischen Bewegung hingewiesen. Er hat gezeigt, wie gerade die ersten Christen in dem Rahmen der damaligen Wirtschaftsordnung kommunistische Ideen zu verwirklichen suchten, wofür selbst das später so sorgsam redigierte Neue Testament noch unumwiegliche Beweise enthält. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß das Christentum als Heilsbotschaft für die Armen und Unterdrückten, für die rechtlosen Sklaven auf die Welt gekommen ist, denen es ein gleiches Menschenrecht verkündete, wie es ihre Unterdrücker für sich in Anspruch nahmen. Wer im Sinne dieser urchristlichen Gedanken Christ ist, der kann nicht nur Sozialdemokrat sein, er muß sogar Sozialdemokrat werden, wenn er die christlichen Lehren auf die heutige Zeit überträgt. Es wäre unglaublich lächerlich und kurzsichtig, wenn wir aus berechtigter Abneigung gegen die in Wirklichkeit ganz unchristliche Orthodoxie solche wirklichen Christen zurückstoßen wollten.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 4. Dez. Die Note der alliierten Regierungen wegen der Abkündigung in Oberschlesien ist heute im Schöße der Reichsregierung erörtert worden. Dabei ergab sich eine einmütige Auffassung. Die endgültige Stellungnahme der Regierung wird erfolgen, nachdem der zu Dienstag früh einberufene Ausschuss für unwürdige Angelegenheiten gehört worden ist.

Berlin, 4. Dez. Der Hauptausschuss des Reichstages hat den Antrag der Regierungsparteien, daß in der Crisisklasse A 150 Proz. Teuerungszuschlag; zu Kinderzuschlägen gezahlt werden sollen, in Crisisklasse B 125 Proz., in Crisisklasse C 100 Proz. und in Crisisklasse D und E 75 Proz. einstimmig angenommen.

Warenverder, 5. Dez. Die die „Weichselzeitung“ aus Kiewenburg berichtet, ist dort heute früh gegen 4 Uhr das bekannte Warenhaus von J. Wolf am Markt niedergebrannt. Ein Feuer ist im Keller in der Dampfheizungsanlage entstanden. Der Schaden wird auf drei Millionen Mark beziffert. Es konnte nichts gerettet werden.

Sondbon, 4. Dez. Aus Kapstadt wird berichtet, daß die südafrikanische Regierung eine Kommission nach Deutschland entsandt hat, um eine Untersuchung über die Möglichkeit der südafrikanischen Wollausfuhr nach Deutschland anzustellen. Es besteht der Plan, daß in Südafrika augenblicklich unter öffentlicher Verwaltung stehende Eigentum deutscher Untertanen im Werte von 10 Millionen Pfund Sterling als Sicherheit für die Bezahlung der von Deutschland in Südafrika ankommenden Woll zu benutzen. Es wird auch die Möglichkeit des Austausches der Woll gegen deutsche Industrieprodukte untersucht.

Stiefkinder des Glücks.

Roman von Maria Binder.
(Fortsetzung.)

„Nun Birkner hatte in ihrer Bescheidenheit dem Bogen nicht antworten wollen, aber Kesselmann bestand darauf, denn er sagte, daß sie müßte ihre Rechte kennen, und der Weg sei überdies nicht ungeschickt.“

„Dann danke ich Ihnen auch vielmals, Herr Kesselmann“, sagte Berta treuhuldig. „Mein Modell ist ja fertig über die Spazierfahrt, und ich bringe es Ihnen wieder ein.“

„Sie besuche Ihren Sohn selbst, denn Hermann sagte denn steht über seine Thibel, und Thibel jammert darüber, daß Hermann die Maltz immer zärtlicher liebt. Einst Erholung fand Enise Perdek in der Schneide.“

„Ihr Kesselmann war früher lebend, und der Rücken, eine Witwe namens Friedrich, hatte alle Gnade voll Arbeit. Sie hatte für die Herrschaft und für das Schinde, das Brot und legte das Ehr ein. Sie hatte viel Not in ihrer Ehe gelitten, sah in Ruhe eine Süßigkeit und kam ihr in jeder Beziehung entgegen. Frau Friedrich empfing Bertel recht mit heißen, süßen Kaffee und mit bestem Weizenbrot, von dem sie immer einen kleinen Vorrat für die kranke Frau Kesselmann hat, auch sorgte sie dafür, daß Bertel Sonntaglich reichlich von der süßen Speise erhielt. Frau Kesselmann hatte bestimmt, daß Bertel immer ein Stückchen mit Obst und Backwerk auf dem Weg erhalten sollte.“

„Diese Sonntage waren die Schicksale in Bertel sehr so freudig, wenn er lebte. Frau Konrad schrie und sparte für die schwarzen Kinder, die in der Schanderei schmachteten. Dabei hielt sie aber ein weißes Christkind in der häßlichen Schanderei.“

Diese Erzählung beruht vollständig auf Tatsachen, und so unglücklich es klingt, wird Bertels Willensart bei Frau Konrad doch ohne jede Überzeichnung geschildert.

Die fromme Frau Konrad, die keine Predigt verläumt, wachte das ganze Kind im Winter um fünf Uhr. Bertel mußte sich anheften, ihr Bett wachen. Feuer anzünden, die Stige waschen und ihr Futter geben. Jungfrauen: lockte das Wasser zur Suppe, die Frau Konrad ohne Zucker mit wenig Milch bereichte. Sie schmit Brot in eine Schüssel, noch die Suppe darüber und das hundertjährige Wohl konnte beginnen. Nach dem Frühstück gab es viel Arbeit für Bertel, daß sie denn förmlich rennen mußte, um recht früh zur Schule zu gelangen.

„Bis morgen müßt ihr alle das Gedicht auswendig können. Du wirst es auffagen Birkner Berta.“

In der Pause murmelten die Kinder Bertel, um der Schneider Berthold, der jederzeit ihr Ritter war, sagte:

„Lerne den Quatsch erst nicht, dann kannst du ihn nicht herplappern.“

„Dann laßt er mich nachbleiben“, erwiderte Bertel, die die Lage richtig erkannte.

„Nichtig ist es nicht!“ rief Theodor Gissbert aus. „Wort ein Bissel! Ich werd dir gleich sagen, wie du es auffagen mußt!“

Nach einigem Nachdenken sagte Theodor mit klarer Stimme:

„Zwar bin ich kein Nabernas und auch kein Sündenlammel, doch bist ich recht von Herzen dich, nimz auf in deinen Himmel nicht!“

„Das ist kein! So will ich das Gedicht gern herjagen!“ rief Bertel strahlend vor Freude aus. „Du, Theodor, das gibt eine Sandel! Da werden wir alle schön lachen.“

„Und du wirst schon in der Gefe stehen!“ sagte Berthold Schmetder höhnlich, denn er dachte es Theodor nicht, daß Berta sein Gedicht lobte.

„Ne, dafür lasse mich nur sorgen“, sprach die Müller Grete. „Wenn der Unterricht besser gelehrt gewesen wäre, wäre der Schulbesuch eine Erholung für das kernbelegte, aufgeweckte Kind gewesen, denn zu Hause war sie in der richtigen Sprechensweise.“

Die fromme Frau Konrad widmete sich nun mit Anbieder der Lektüre von Erbauungsbüchern und bürdete dem ganzen Hause alle Arbeit auf; zur Not, daß sie ihre Wäsche wusch und daß sie die beiten bei der Schneiderei ausführte, denen Berta noch nicht nachsehen war. Frau Konrad gab Bertel sehr kleine Portionen Essen, damit sie sich nicht den Magen verlorb, und sehr große Mengen Arbeit, damit sie nicht auf schlechte Gedanken kam, denn Mühsiggang ist bekanntlich aller Kaster Anfang. Derhals Bertel Finger waren sehr klein und geschickt, aber der Frau Konrad waren die ganzen Kinderhände nie genug. Als Bertel zu dem 10. war wo sie mit dem Lehrer die Auseinandersetzung wegen des Gedichtes gehabt hat, heim kam, mußte sie Wasser holen, Feuer anzünden, die Kartoffeln aufstellen, ein winziges Stückchen Speis in kleine Würfel schneiden und ausbraten. Während sie das tat, sprach die fromme Frau Konrad, die nur auf ihren Vorrat sah, unerschrocken:

Aus den Gerichtssälen.

Rechtliche Verlobungen. Der Fährer Otto Kornowski in Danzig hatte sich vor der Strafkammer wegen Betruges zu verantworten. Der Angeklagte ist geschieden, verheiratete sich dann wieder, lebt abermals in Scheidung und verlobte sich mit einer Verlobten unter der Angabe, er sei Witwer. Seiner Verlobten wußte er 1500 Mark abzugeben, um sich ein Fuhrwerk zu kaufen. Einmal Tage las die Braut in der Zeitung eine Anzeige, in der der Angeklagte den Tod seiner Frau, einer Verwandten von ihm, anzeigte. Die Verlobte fragte ihn nach dem Zusammenhang und er erklärte nun, daß er diese Unterschleife nur als Geschäftsgang gesehen habe. Die Verlobte wollte zu dem Verlobten gehen und diese Geschäftlichkeit wollte er ihr noch außen hin erweisen. Bei dieser Gelegenheit gestand er auch, daß er noch verheiratet sei. Die Verlobung wurde dann gelöst. Das Geld wurde schließlich auch zurückgefordert. Die Strafkammer verurteilte den Angeklagten wegen Betruges zu 4 Monaten Gefängnis.

Zoppot. Verkauf von Gruppen beim. Gerstengrüne und Erbsen auf Abchnitt 183 der Warenkarte für Einheimische und Abchnitt 9 der Warenkarte für Fremde 500 Gramm Gruppen beim. Gerstengrüne zum Preise von 1,75 Mk. und 500 Gramm Erbsen zu 2,50 Mk. — Verkauf von Kunstbrot auf Abchnitt 184 der Warenkarte für Einheimische und Abchnitt 10 der Warenkarte für Fremde 500 Gramm zu 2,55 Mk. — Verkauf der oben genannten Waren von Dienstag, den 7. bis Samstag, den 11. Dezember bei sämtlichen Kaufleuten. — Verkauf von Speisefett zum Preise von 13 Mk. je Pfund markenfrei bei sämtlichen Fleckern und in sämtlichen

Milchgeschäften. — Nach der Verordnung des Wirtschaftsamts vom 18. November 1920 — Staatsangehöriger Nr. 47 — sind neue Höchstpreise für Käse festgesetzt. Es dürfen fortan im Kleinhandel per Pfund höchstens kosten: Tüfter Magerkäse 4,60 Mk., gepresster Quark 3,10 Mk., Speisquark 2,80 Mk., Halbfettkäse bis 30. Dez. 1920 5,50 Mk., vom 1. Jan. 1921 ab 5,70 Mk.

Aus dem deutschen Osten.

Verwaltungsrechtliche Neuordnung in Elbing.

Königsberg, 4. Dez. Für die Zugehörigkeit des Land- und Stadtkreises Elbing für den Bereich der allgemeinen Landesverwaltung hat der Minister des Innern nachfolgende Anordnungen getroffen, vorbehaltlich einer gesetzlichen Regelung, welche alle in Betracht kommenden politischen, verwaltungsmässigen, kommunalen und wirtschaftlichen Interessen zu berücksichtigen haben wird. Der Rest des Landkreises Elbing sowie der Stadtkreis Elbing sind einzuweisen vom Regierungspräsidenten und von der Regierung Marienwerder zu verwalten. Der bei Preußen verbliebene Teil der Preussischen Regierung, welcher früher zum Kreis Danziger Niederung gehörte, bleibt dem Landkreis Elbing angegliedert. Alle ausländische Verwaltungsgerichte und Verwaltungsbeschlußbehörden sind für den Rest des Landkreises Elbing und für den Stadtkreis Elbing der Bezirksausschuss in Marienwerder und der Provinzialrat in Königsberg, für den bei Preußen verbliebenen Teil der Danziger Niederung der

Bezirksausschuss der Landkreise Elbing, der Bezirksausschuss in Marienwerder und der Provinzialrat in Königsberg bestimmt. Soweit die Zuständigkeit des Oberpräsidenten in Frage kommt, ist der Oberpräsident in Königsberg als zuständig anzusehen. Danach ist über die Zuteilung zum Provinzialrat Ostpreußen mit den neuen ministeriellen Anordnungen noch nichts bestimmt. Es sind vielmehr noch dieser Richtung die noch schwebenden Unterhandlungen zwischen den Zentralbehörden abzuwarten.

Filmschau.

Sichtbildtheater Langenmarkt. Der neue Spielplan bringt neben dem fünfaktigen vollständigen Schauspiel „Der Richter von Zalamea“ einen mit viel Heiterkeit aufgestellten dreiaktigen Film „Franklein Stellvertreter“. In diesem Film übernimmt ein Mädchen die Rolle ihres Bruders, eines Zollinspektors, der ohne Urlaub zu seiner Dienststelle gefahren ist. Eine Revolution des Soldateska schafft allerlei amüsante Zwischenfälle. W.

Opern- und Operntheater. Der Film „Das Fest der schwarzen Tulpe“ dürfte besonders aktuell sein, da er Begebenheiten vorführt, die sehr stark an revolutionäre Zellergebnisse anknüpfen. Die Handlung endet in einer Tragödie, indem das Volk, angeführt durch Göttern und Befehlshabern, die beiden treuesten Diener des Staats törtet und tötet. Das Stück spielt in Holland. — Im zweiten Drama „Die Rickerin“ spielt Lotte Neumann mit bekannter Schärfe und Anmut.

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Holz, für den Danziger Nachrichtenrat und die Unterhaltungsbeilage Fritz Mober, beide in Danzig; für die Inserate Bruno Ewert in Oliva. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.
Montag, den 6. Dezember 1920, abends 7 Uhr
Dauerkarten C 1.
Erhöhter Preis.

Letztes Gastspiel des Herrn Robert Rühl, Ehrenmitglied des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg.

John Gabriel Borkmann

Schauspiel in vier Aufzügen (fünf Bildern) von Henrik Ibsen.

Dienstag, den 7. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Hoffmanns Erzählungen. Oper in drei Akten, einem Vor- und einem Nachspiel von J. Offenbach.

Mittwoch, den 8. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Der Waffenschmied. Komische Oper in vier Bildern.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Der Fremde. Oper in vier Bildern von Franz Lehár. Musik von Hugo Kauer.

Freitag, den 10. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Neu einstudiert. Die Jugendfreunde. Lustspiel in vier Akten von Ludwig Fulda.

Sonntag, den 11. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Die roten Augen. Eine Bühnenadaption von Hans Feig Sverns.

Sonntag, den 12. Dezember 1920, abends 7 Uhr.

Zum ersten Male. Die Feuerprobe. Komische Oper in einem Akt von Prof. W. Doff. Hieran: Tanzbilder. Ausgeführt vom gesamten Ballett unter Leitung des Ballettmasters Herrn Wolf Söbber.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Bisheriger u. Direktor Paul Baumann.
Konstl. Leitung: Dir. Sigmond Kunstadt.

Montag, den 6. Dezember

Anfang 7 Uhr Anfang

Der letzte Walzer

Operette in 3 Akten v. Julius Brammer und Alfred Grünwald.
Musik von Oskar Straus.

Morgen Dienstag, 7. Dezember

Die Faschingfee.

Vorverkauf Ende: tagl. v. 10—4 Uhr nur im Dooms-Haus Langgasse 89/70 statt.

Sonntags 9—2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrvorstellungen nach allen Richtungen.

In den Partier-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Handelsangestellte Danzigs!

Tarifvertrag!

Dienstag, den 7. Dezember 1920, abends 7 Uhr im Wertspellehaus

Angestelltenversammlung.

Bericht über den Stand der Tarifverhandlungen. — Entscheidung der Angestelltenchaft.

Gewerkschaftsbund der Angestellten, Ortsverband Danzig.

Gewerkschaftsbund kaufmänn. Angestelltenverbände, Ortszweig Danzig.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Danzig.

Achtung! Schneider! Achtung!

Schneiderinnen, Wäsche- u. Korsettmacherinnen, Schuhmacherinnen und verwandte Berufe!

Große öffentliche Versammlung

des Gewerkschaftsbundes der Schneider, Schneiderinnen u. verwandten Berufe, S. D., Deutschlands.

Dienstag, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Hintergasse 18.

Tagessordnung:

1. Die wirtschaftliche Lage im Bekleidungs-gewerbe und die Aufgabe der Organisation. (Referent: Kollege Krüger-Berlin.)

2. Freie Aussprache. (2903)

Der Vorstand.

Wer ihr Geld braucht

wend sich an Red. Lindke, Danzig, Paradiesgasse 8-9, 22643

Wintereüberzieher

zu verkaufen bei Kottella, Labesweg 1, 1 Tr. (1)

Großes Bettgeckel und Puppenfächer

sind zu verkaufen (1) Kleine Gasse 12/13, 12 Tr. D.

Petroleum-Hängelampe

fast neu, billig zu verk. (1) Grandt, 3. Domn 15, 33 Tr. (1)

Volkfürsorge,

Gewerkschaftlich-Berufsgenossenschaftliche Versicherungs-Gesellschaft

Achtung! Sterbekasse. —

Wichtige Tarife für Erwachsene und Kinder.

Auskunft in den Bureau der Arbeiterorganisationen und von der

Rechnungsstelle 16 Danzig

Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Geld verleiht, monatl. Rückzahl. 200 Mk. & Lehmann, Dörselb. 89, (2828)

Danziger Frauen-Chor (E. V.)

Leitung: Dr. Burow. (2888)

Übungsstunden jeden Dienstag, abends 7 1/2—9 Uhr

in der Aula der Hoppe'schen Mädchenschule Altst. Graben 9. — Stimmbegabte, musikalische Damen werden noch aufgenommen. — Meldungen im Übungslokal jeden Dienstag abend 7 1/2 Uhr.

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich

14 karätige moderne Uhrarmbänder mit Ankerwerk

Wir stellen einen großen Posten zu sehr niedrigen Preisen zum Verkauf, den wir zufällig besonders billig erworben konnten! Für die Werke leisten wir volle Garantie.

Moritz Stumpf & Sohn

Danzig Zoppot Langfuhr

Das sozialdemokratische Programm.

Eine gemeinverständliche Erläuterung des Grundgedankes von Robert Danneberg.

Preis 7,50 Mk.

Buchhandlung Volkswacht, Am Spandhaus 8 und Paradiesgasse 32.

Kleiderstoffe

Gute Qualität • besonders preiswert

Blusenstoffe moderne Streifen, in schönen Farbenstellungen . . . m 35.—, 33.—, 23⁵⁰

Blusenstoffe elegante Karos in blaugrünen und anderen Farben . . m 48.—, 45.—, 29⁷⁵

Kleiderstoffe schwere, halbwoollene Qualität, für Röcke und Haukleider . m 49,50, 28⁵⁰

Kleiderstoffe reine Wollg., ca. 110 cm breit, moderne Farbsortimente . . m 75⁰⁰

Walter & Fleck

Soeben erschienen!

Danziger Blossen

Heft 3

von Ernst Ewert

Preis 1,50 Mark.

Buchhandlung Volkswacht
Am Spandhaus 8 und Paradiesgasse 32.